

# **Wirtschaftsfelder der Zukunft**

*Memorandum zur Erneuerung und  
Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft*

von

**Dr. Hermann Scheer MdB**

vorgelegt am

**3. Sept. 2002**

in

**Schorndorf**

Keine Regierung, ob in Deutschland oder anderenorts, hat bisher einen Ausweg aus der strukturellen Beschäftigungskrise gefunden, die sich seit etwa zwei Jahrzehnten in den Industrieländern niederschlägt. Keine der bisher ergriffenen Initiativen hat die erwartete oder versprochene Wirkung gezeigt. Jede Opposition wirft dies vor jeder Wahl der amtierenden Regierung vor, ohne selbst eine tatsächlich neue Strategie anbieten zu können.

Einerseits gibt es das besonders in Wahlkampfzeiten gegebene Versprechen, mit den jeweils angebotenen Strategien die Arbeitslosigkeit drastisch abbauen zu können. Andererseits glauben viele nicht mehr, dass dieses jemals wieder gelingen könne, weil

- die wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume nationaler Regierungen dies nicht mehr möglich machen – angesichts des europäischen Binnenmarktes, der fortschreitenden Liberalisierung des Weltmarkts, der zunehmenden Unternehmenskonzentration und der Großfusionen, der Internationalisierung der Unternehmen und der unkontrollierbar gewordenen globalen Geld- und Währungsspekulationen,
- weil sich im Zuge der Anwendung der Informationstechnologien der Prozess des Ersetzens menschlicher Arbeitskraft rapide beschleunigt und längst über die industrielle Produktion („mensenleere Fabrik“) hinaus auch die Dienstleistungssektoren erfasst hat.

I

**Die Grenzen von klassischer Konjunkturpolitik  
und neoliberaler Angebotswirtschaft**

Zwei wirtschaftspolitische Doktrinen zur politischen Förderung und Stabilisierung der Wirtschaft stehen sich seit Jahrzehnten gegenüber:

*1. Die staatliche Konjunktursteuerung*

Die staatliche **Konjunktursteuerung**, mit der in wirtschaftlichen Flauten die Konjunktur angekurbelt werden soll, demgegenüber Konjunkturüberhitzungen durch vorübergehende Ausgabenkürzungen abgekühlt werden sollen, ist untrennbar mit dem legendären Ökonomen John Maynard Keynes verknüpft. Für ihre Realisierung wurde 1967 in Zeiten der Großen Koalition das „Stabilitäts- und Wachstumsgesetz“ in Zeiten des Wirtschaftsministers Karl Schiller (SPD) und des Finanzministers Franz-Josef Strauß (CDU/CSU) eingeführt. Dieses Gesetz ist nach wie vor in Kraft. Es wurde jedoch zuletzt 1975 von der sozialliberalen Koalition unter Bundeskanzler Schmidt angewandt und liegt seitdem in den Schubladen. Dass es nicht mehr praktiziert wird, hat neben der Internationalisierung der Wirtschaftsprozesse, die die staatliche Konjunktursteuerung erheblich erschwert, zwei Gründe:

- alle pauschal angesetzten konjunkturellen Investitionsanreize haben einen massiven und die Staatskassen unverhältnismäßig stark belastenden Mitnahmeeffekt. Auch diejenigen Investitionen, die ohnehin getätigt würden, erhalten solche Investitionsanreize – ob in Form einer pauschalen

Investitionszulage (1975 waren es 7,5 Prozent) oder in Form einer allgemeinen Senkung der Unternehmenssteuern.

- Die Regierungen haben sich regelmäßig, ob in Deutschland oder anderenorts, als zu schwach erwiesen, in Perioden konjunktureller Überhitzung ihre Investitionsprogramme zeitlich zu strecken. Dadurch wurde die Konjunkturpolitik immer nur in einer Richtung praktiziert: gegen die Konjunkturkrise Mitte der 60er Jahre und gegen die Ölkrise Mitte der 70er Jahre. Als diese 1982/83 überwunden war und anschließend durch eine Hochkonjunktur abgelöst wurde, stiegen unter der Regierung Kohl/Genscher die Staatsausgaben und Staatsverschuldung ungebremst weiter an. Damit war das Ende staatlicher Konjunktursteuerung vorprogrammiert: ein sich sogar in Zeiten guter Konjunktur notorisch weiter verschuldender Staat hat in konjunkturschwachen Zeiten keine finanziellen Spielräume mehr für wirtschaftspolitische Impulse – jedenfalls kaum auf den konventionellen Wegen der Konjunkturpolitik.

## *2. Die „neoliberale“ Angebotspolitik*

Die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik (auch Monetarismus oder Neoliberalismus genannt) setzt darauf, dass sich Märkte von selbst entwickeln. Als politische Maßnahme zu deren Stimulierung gelten:

- auf der Konsumentenseite allgemeine Steuersenkungen zur Erhöhung der privaten Kaufkraft,

- auf der Anbieterseite der Unternehmen die Liberalisierung bzw. Privatisierung der Sektoren der öffentlichen Infrastruktur (Deregulierung), um daraus Felder privater Investitionen und Gewinne zu machen, und auf die allgemeine Kostenentlastung (Steuern und Abgaben, Sozial- und Umweltauflagen), um Unternehmen wettbewerbsfähiger zu machen, die Investitionsanreize zu erhöhen und eine Wachstumsdynamik zu erzeugen.

Der versprochene Effekt einer stabilen und stetigen Konjunkturbelebung ist dadurch jedoch auch kaum jemals wirkungsvoll eingetreten. Wenn die Zahl der Beschäftigten gehalten oder teilweise ausgebaut werden konnte, erfolgte dies größtenteils zu Lasten auskömmlicher Vollerwerbstätigkeiten. Gleichzeitig steckt in diesem Ansatz ein finanzielles Ausbluten der Sozial-, Staats- und Gemeindekassen. Indem sich deren eigener Investitionsspielraum stetig verringert, geht dies vor allem zu Lasten des gewerblichen Mittelstandes in den Regionen und Gemeinden, denen öffentliche Aufträge verloren gehen und die zunehmend über eine schlechte Zahlungsmoral der öffentlichen Hand klagen.

Das „Vorbild“ der USA für eine solche Strategie ist nicht verallgemeinerbar: die USA haben, seitdem der Dollar faktisch die Leitwährung wurde, den einzigartigen Vorteil von Kapitalzuflüssen, den kein anderes Land hat. Außerdem haben sie stets trotz aller neoliberaler Doktrin klassische Konjunkturankurbelung betrieben, jedoch auf dem fragwürdigen Gebiet der Rüstungsausgaben.

Wer die Wirkungen der neoliberalen Doktrin innerhalb Europas beobachtet, muss vor allem das britische Beispiel nehmen: die öffentliche Infrastruktur ist verkommen, die

Wirtschaft ist größtenteils de-industrialisiert, der gewerbliche Mittelstand ist in seinen klassischen Tätigkeitsfeldern wie Maschinenbau und Handwerk stark geschrumpft.

Die Handlungsgrenze dieser Doktrin ist überdies genau wie bei der staatlichen Konjunktursteuerung vorgegeben, weil finanzielle Spielräume des Staates für Steuer- und Abgabensenkungen kaum noch gegeben sind: trotz der Kürzungen von sozialen Transferleistungen des Staates sind dessen finanzielle Anforderungen nicht gesunken, weil die Zahl derjenigen Menschen steigt, die darauf angewiesen sind.

### *3. Die Grenzen beider Doktrinen*

Hinzu kommt, dass die beiden Doktrinen zwei Grenzen gemein haben:

- „Wachstum“ allein führt keineswegs automatisch zu mehr Beschäftigung. Viele Investitionen der Unternehmen, die auf die Steigerung über Arbeitsproduktivität zielen (müssen), führen deshalb vielfach sogar zur weiteren Reduzierung der Beschäftigtenzahl. Darüber hinaus dürfen die wirtschaftlichen Wachstumsformen nicht übersehen werden, die die Umweltschäden erhöhen und von der Gesellschaft früher oder später bezahlt werden müssen.

Vor allem die vermehrt und verstärkt eintretenden ökologischen Katastrophen zeigen, dass die Wachstumseffekte durch den Einsatz umweltschädigender Energie in keinem Verhältnis mehr zu den Schäden stehen, die u.a. durch Flut- und Sturmkatastrophen als Folge dieses Energieeinsatzes entstehen.

- der pauschale Begriff von „der Wirtschaft“ ignoriert, dass es zunehmende Interessengegensätze zwischen einzelnen Wirtschaftszweigen und

Unternehmensstrukturen gibt – etwa zwischen Landwirten und Lebensmittelkonzernen, zwischen Windkraftindustrie und Stromkonzernen, zwischen baugewerblichen Handwerksbetrieben und international operierenden Baukonzernen oder zwischen der Mineralölindustrie und der Automobilindustrie, die mittlerweile auf umweltfreundliche Treibstoffe setzt. Er ignoriert auch, dass es für Wirtschaft und Gesellschaft keineswegs gleichgültig ist, ob qualifizierte oder unqualifizierte, gesundheitserhaltende oder krankmachende, gut oder schlecht bezahlte Beschäftigungsmöglichkeiten angeboten werden; ob die Infrastruktur intakt oder brüchig ist; ob Wirtschaftsfelder zukunftssträftig oder auslaufend sind; und ob es eine mehr mittelständische oder eine sich konzentrierende Wirtschaftsstruktur gibt.

Das Motto „Wirtschaft findet in der Wirtschaft statt“ klingt eingängig, ist aber oberflächlich und irreführend. Betriebswirtschaft findet in „der Wirtschaft“ statt, aber Volkswirtschaft und Wirtschaftspolitik nicht.

## II

### **Die Kernfragen neuer Wirtschaftspolitik**

Um die Grenzen bisheriger wirtschaftspolitischer Doktrinen zu überwinden, müssen die zentralen Herausforderungen erkannt werden.

Wirtschaftspolitische Strategien müssen sich daran messen lassen, ob sie darauf eine Antwort geben. Angesichts der gezeigten Grenzen bisheriger Wirtschaftssteuerung geht es vor allem um **Wirtschaftsstrukturpolitik**, bezogen auf Schwerpunkte

wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Gefährdungen, mit denen wir konfrontiert sind und zunehmend weiter konfrontiert werden.

Dazu gehören folgende Kernfragen:

1. Wir müssen diejenigen Wirtschaftsfelder erkennen, die nicht nur kurzfristig, sondern auch mittel- und längerfristig zu stabilen neuen Arbeitsplätzen führen und für die es einen unübersehbaren Zukunftsbedarf der Gesellschaft gibt. Diese müssen gleichzeitig
  - das Umweltproblem überwinden helfen statt die Umwelt weiter zu beschädigen,
  - den Binnenmarkt ausweiten helfen statt zu einseitig auf den Export zu setzen, weil dieser die Volkswirtschaft abhängig von kaum beeinflussbaren externen Entwicklungen macht,
  - die Chance für kleine und mittlere Unternehmen erhöhen und damit der Konzentration der Wirtschaft entgegenwirken.
  
2. Soweit finanzielle Anreize der öffentlichen Hand nötig sind, muss es sich um solche handeln, die den Staatshaushalt nicht zusätzlich belasten und ohne Steuererhöhungen auskommen. Dies setzt einen Prioritätenwechsel des gegenwärtigen öffentlichen Finanzsystems voraus, wobei die dafür notwendigen Umschichtungen konkret angegeben werden müssen.
  
3. Die staatlichen Maßnahmen zur Arbeitsförderung und generell die öffentlichen Leistungen müssen effektiver eingesetzt werden. Die Erhöhung der Produktivität der öffentlichen Hand ist die Alternative zur Ausdünnung der öffentlichen Dienste und Dienstleistungen.



4. Die Bürokratisierung des Wirtschaftslebens muss überwunden werden, ohne den tatsächlich notwendigen Regelungsbedarf zu vernachlässigen.
  
5. Die internationalen Rahmenbedingungen, sowohl die der EU wie auch die der WTO, müssen künftig so gestaltet werden, dass Spielräume nationaler Regierungen und Gebietskörperschaften für regionale Strukturpolitik aufrechterhalten bleiben bzw. wiedergewonnen werden.

Die Konzepte, die vor der Bundestagswahl 2002 im Zentrum der Aufmerksamkeit und der Präsentation durch die Parteien stehen, behandeln entweder – wie die Vorschläge der Hartz-Kommission – nur eine dieser Kernfragen, oder sie verharren bei konventionellen Ansätzen, die an den aufgezeigten Grenzen angelangt sind.

Die Vorschläge der **Hartz-Kommission** zielen auf die höhere **Reichweite, Flexibilität und Produktivität der Arbeitsvermittlung und die damit möglichen Kostensenkungen**. Beschäftigungspolitische Initiativen, die den Bundeshaushalt zusätzlich belasten, hat die rot/grüne Bundesregierung – außer für die Wiederaufbaumaßnahmen der ostdeutschen Wirtschaft nach der Flutkatastrophe – nicht vorgesehen und wurden von ihr deshalb in den letzten Jahren verworfen. Der Grund dafür ist einsichtig: das Ziel der Senkung der aus allen Fugen geratene Staatsverschuldung sollte beibehalten und die Erfüllung der Maastricht-Stabilitätskriterien muss beachtet werden.

Dem Konzept der CDU/CSU, ein 10-Milliarden-Programm zur Förderung des Wirtschaftswachstums aufzulegen, fehlt jeder Anflug eines nachvollziehbaren Finanzierungsvorschlags – erst recht nach der Flutkatastrophe. Dasselbe gilt für die Steuersenkungsvorschläge der Union wie der FDP, an deren Realisierbarkeit 80

Prozent der Bevölkerung nicht glaubt. Selbst wenn sie finanziert werden könnten, ist ihre beschäftigungspolitische Wirksamkeit aus den zuvor genannten Gründen mehr als fraglich. Generell ist festzustellen, dass bei Finanzierungsfragen für politische Initiativen jede Konkretisierung vermieden wird. Auch Forderungen nach „Umschichtung“ von Haushaltsmitteln bleiben allgemein und sind deshalb nichtssagend. Dasselbe gilt für die populäre Forderung nach „Entbürokratisierung“.

Es soll hier nicht bestritten werden, dass es zahlreiche in den verschiedenen Wahlprogrammen vorgesehene Einzelmaßnahmen gibt, die hier oder da Flexibilisierungen und Verbesserungen bringen könnten. Doch die zentralen Herausforderungen können damit nicht beantwortet werden, mit denen alle entwickelten Volkswirtschaften konfrontiert sind: die ökologische Wachstumsgrenze; die anhaltende öffentliche Finanzkrise; die wachsende internationale Abhängigkeit und Krisenanfälligkeit; die transnationalen Konzentrations- und Fusionswelle, der die mittelständischen und regionalen Wirtschaften immer willkürlicher ausgesetzt sind; die technologische Produktivitätsentwicklung und die damit verbundenen strukturellen Beschäftigungseinbußen; die zunehmenden Anfälligkeiten gegenüber internationalen Krisenentwicklungen.

Die industrielle Wachstumsgesellschaft bisherigen Musters hat ihre Hochphase offensichtlich hinter sich. Eine bloße Fortschreibung dieser Entwicklung ist nicht mehr möglich. Das deutlichste Anzeichen dafür ist, dass der **Treibriemen dieser Entwicklung, die fossilen Energievorkommen, ihr Fördermaximum erreicht haben und wir uns auf deren Endverbrauch zubewegen**. Selbst wenn das nicht der Fall wäre, könnten wir dennoch nicht so weiter machen wie bisher, weil dies die ökologische Weltkrise zuspitzen würde und uns die Folgeschäden überspülen. Wenn

die letzten finanziellen Reserven der öffentlichen Finanzen ausgegeben werden müssen für die notdürftige Kompensation dieser Schäden, so dass für aktive Überwindung ihrer Ursachen kaum noch finanzielle Spielräume vorhanden sind, ist eine fast ausweglose Situation erreicht. Zum Vergleich: die Weltkonferenz 1992 in Rio de Janeiro stellte, nach langem Tauziehen, drei Mrd. US-Dollar für die „Global Environment Facility“ bereit; allein die Flutwasserschäden in Mitteleuropa der letzten Wochen haben Schäden von 30 Mrd. US-Dollar hervorgerufen.

Die Frage nach einem wirtschaftlichen „New Deal“-Programm ist auf der Tagesordnung. Der Begriff „New Deal“ stammt vom amerikanischen Präsidenten Roosevelt (1933-45), der in den 30er Jahren die USA auf demokratische und soziale Weise aus der Weltwirtschaftskrise führte. Die weit verbreitete Meinung ist, er habe dies mit einem staatlichen Konjunkturprogramm im Sinne von Keynes erreicht. Tatsächlich hat er ein breit angelegtes wirtschaftliches Strukturprogramm gestartet, unter Einbeziehung von Umweltprogrammen, das die amerikanische Volkswirtschaft und Gesellschaft auf ein neues Niveau hob – in Verbindung mit Initiativen zur Steigerungen der Produktivität staatlichen Handelns. Wenn es ein Vorbild gibt für das, was heute notwendig ist, so ist es in dessen Grundansatz zu finden – wobei die Schwerpunkte heute anders gelagert sein und veränderte Rahmenbedingungen beachtet werden müssen.

### III

#### **Die Grundlinie der wirtschaftlicher Entwicklung**

Wirtschaftliche Entwicklungslinien lassen sich nicht voraussehen und zugleich voraussehen. **Nicht voraussehbar** sind technische Entwicklungen, die immer wieder einmal zu neuen Massengütern führten und eine länger anhaltende Hochkonjunktur auslösten (Eisenbahn, die organische Chemie, Automobile, Elektrotechnik). Die Informationstechnologien gehören nur bedingt dazu, weil hier der Schaffung neuer Arbeitsplätze ein überproportionaler Abbau von Arbeitsplätzen entgegensteht.

**Voraussehbar** sind jedoch Entwicklungen, die von der Verfügbarkeit oder der Endlichkeit von Ressourcen abhängen, weil Ressourcen die elementare Grundlage jeder Güterproduktion sind. **Der harte Kern der Ökonomie ist die Ressourcenwirtschaft.** Der harte Kern der Umweltbeschädigung sind die Schadstoffe, die bei der Umwandlung schadstoffhaltiger Ressourcen anfallen.

Deshalb ist der schwerwiegendste Faktor der volkswirtschaftlichen Entwicklung, dass sich die Weltwirtschaft weit überwiegend auf schadstoffhaltige fossile Ressourcen stützt und diese Ressourcen gleichzeitig endlich sind. Dies ist eine **existenzielle Gefahr für die Weltwirtschaft und alle Volkswirtschaften** – aber nur dann, wenn der Wechsel zu dauerhaften erneuerbaren Ressourcen ohne Schadstoffe weiter verschleppt wird. Es ist demgegenüber eine **existenzielle neue Chance**, wenn dieser Ressourcenwechsel so schnell und breit wie möglich eingeleitet wird.

Die Weltwirtschaft ist in ihrem Energieverbrauch gegenwärtig zu 40 Prozent vom Erdöl abhängig und bereits zu etwa 20 Prozent vom Erdgas. Erdöl stellt zu 90 Prozent die

Grundstoffe der chemischen Industrie. Deutschlands Energieverbrauch war 1950 von 5 Prozent Energieeinfuhren abhängig, jetzt zu fast 80 Prozent. Die EU ist zu 50 Prozent von Energieeinfuhren abhängig, für das Jahr 2020 werden bei Fortsetzung der bisherigen Entwicklung 70 Prozent Abhängigkeit erwartet. Die billigen Erdöl- und Erdgas-Einfuhren versiegen in den nächsten Jahrzehnten. Je mehr wir uns dem Endverbrauch nähern, desto unberechenbarer werden internationale Konflikte und desto mehr stiegen die Kosten und schüren Produktion und Konsum ein – bei zunehmenden Wirtschaftsschäden in wachsender Milliardenhöhe. Der nächste Sturm und die nächste Flut kommen bestimmt, in dichter werdender Zeitfolge. Der Wechsel zu Erneuerbaren Energien und Rohstoffen und damit der rationelle volkswirtschaftliche Energieeinsatz ist damit der entscheidende Schlüssel zur Wohlstandserhaltung und Zukunftssicherung.

Daraus ergeben sich die Wirtschaftsfelder der Zukunft:

**Biomasse für den Ersatz fossiler Energien und Rohstoffe / Revitalisierung des primären Wirtschaftssektors:**

Da ein erheblicher Teil der Energieversorgung der Zukunft von der Biomasse (vor allem Kraftstoffe wie Bio-Methanol, Bio-Ethanol, Wasserstoff aus Biomasse, Pflanzenöl) und die Grundstoffe für die chemische Industrie künftig vollständig von der Biomasse gestellt werden muss, bedeutet dies **einen massiven Bedeutungszuwachs der Land- und Forstwirtschaft**. Diese wird dadurch von einem sich ständig marginalisierenden Sektor der Volkswirtschaft zu einem dieser wieder tragenden Sektor mit deutlich mehr Arbeitsplätzen, die regional breit gestreut sind. Dieser Faktor wird von fast allen Wirtschaftsexperten übersehen.

### **Neue Energietechniken:**

Da die neuen Energiequellen **neue Energieumwandlungstechniken** erfordern, werden diese die Industrieentwicklung prägen. Die Unternehmen, die hier Vorreiter sind, werden die größten Weltmarktchancen haben. Dies betrifft die Sektoren der Fahrzeug- und Luftfahrtindustrie, der Heizungs- und Klimatechnik, des Maschinenbaus, der Windkraft- und Solaranlagenindustrie, der Elektrotechnik, der Glasindustrie u.v.m. Es betrifft darüber hinaus völlig neue Techniken der Energiespeicherung, z.B. die Brennstoffzelle. Da Erneuerbare Energie größtenteils dezentral genutzt und installiert werden muss und dies besonders die Energieversorgung der Gebäude betrifft, kommen neue Aufgaben auf das gesamte Bauhandwerk zu, allem voran bei der energietechnischen Umrüstung des Altbaubestandes.

### **Nichtfossile Chemietechnik:**

Der Wechsel von fossilen Grundstoffen zu nachwachsenden Grundstoffen betrifft die chemische Industrie in ihrer gesamten Bandbreite.

### **Wassertechnologien:**

Da sich neben dem Energieproblem und damit einhergehend das Wasserversorgungsproblem zuspitzt, werden Techniken zum Wassersparen, zur Wassereinhaltung, zur Wasserrückgewinnung und zur Wasserproduktion (Meereswasserentsalzung) unweigerlich zu einem wachsenden Nachfragemarkt.

### **Integrierte öffentliche Infrastruktur:**

Für den Bereich der öffentlichen Infrastruktur ergibt sich ein erheblicher zusätzlicher Handlungsbedarf, der alle Verkehrs-, Versorgungs- und Kommunikationsnetze betrifft. Der maßgebliche Schritt dafür besteht in der Bereitstellung integrierter Infrastruktur, um den wirtschaftlichen Doppel- und Mehrfachnutzen von Netzen zunutzen.

Unabhängig von der Existenz weiterer Wirtschaftsfelder aus dem Bestand der deutschen Volkswirtschaft oder durch technologische Innovation auf anderen Gebieten, kann bei den genannten Wirtschaftsfeldern gesagt werden, dass diese aufgrund unabweisbaren gesellschaftlichen Bedarfs zur Entfaltung kommen müssen. Diese Bedarfe sind generell für jede Volkswirtschaft gegeben. Sie sind allesamt in starkem Maße **binnenmarktorientiert**. Sie sind darüber hinaus mit neuen Technologien exportorientiert, wobei die Exportchancen in dem Maße wachsen, in dem für diese Felder politische Einführungsimpulse gegeben werden, im deutschen Binnenmarkt frühzeitig der Marktaufschluss erfolgt und in der Forschungs- und Entwicklungspolitik entsprechende Prioritäten gesetzt werden. Darüber hinaus begünstigen Felder der Erneuerbaren Ressourcen und des Bauwesens eine **heimische Produktion** oder setzen diese sogar voraus. Diese sind gleichzeitig vorwiegend ein Marktfeld für die jeweilige **mittelständische Wirtschaft** auf regionaler Ebene.

## IV

### **Das Zukunftsprogramm der wirtschaftlichen Erneuerung**

Aus den Kernfragen, den Entwicklungslinien und dem Handlungsbedarf für den Erhalt und den Ausbau der Infrastruktur ergibt sich folgendes Zukunftsprogramm wirtschaftlicher Erneuerung einschließlich der dafür notwendigen politischen Handlungsschwerpunkte. Diese erfassen sowohl gesetzliche Rahmenbedingungen als auch indirekte wie gezielte direkte finanzielle Anreize, aus denen selbsttragende Entwicklungen werden müssen.

#### **Umschichtungen im Bundeshaushalt:**

Soweit dazu zusätzliche Mittel aus dem Bundeshaushalt nötig sind, liegen diesem Zukunftsprogramm Umschichtungen bisheriger Ausgaben und Umwidmungen öffentlicher Finanzbestände zugrunde. Die Quellen solcher Umschichtungen bzw. Umwidmungen sind:

#### **- Gold und Devisenreserven der Deutschen Bundesbank:**

Mit der Etablierung der Europäischen Zentralbank und der Einführung des Euro am 1.1.2002 ist eine völlig neue Situation eingetreten, in der die Bundesbank ihre klassische Rolle als Währungshüter abgegeben hat. Ihre Devisenbestände sind allenfalls noch eine „Reserve der Reserve“ der EZB. Die Devisenreserven der Bundesbank lagen im Dezember 2001 bei 108,9 Mrd. Euro. Die beiden größten Posten waren dabei 34,3 Mrd. Goldreserven und etwa 50 Mrd. Dollarreserven. Deutschland hat einen EZB-Anteil von 24,4 Prozent, stellt aber mit seinen Devisenreserven 40 Prozent aller bei den nationalen Notenbanken im Euro-Raum



verbliebenen Devisenreserven von insgesamt 250 Mrd. EUR. Daraus ergibt sich, dass von den 108,9 Mrd. Euro etwa 50 Mrd. Euro Devisenreserven aufgelöst und umgewidmet werden könnten, ohne dass Deutschland die Gemeinschaftskonformität im EURO-Raum verlässt. Diese Mittel sollten allerdings nicht konsumiert werden, sondern einem langfristigen operativen Zweck zugeführt werden.

- **Kohlebeihilfen:**

Die deutschen Kohlebeihilfen liegen nach dem Haushaltsentwurf für 2003 bei 2,6 Mrd. Euro. Dieser Betrag hat eine erhebliche regionalwirtschaftliche Bedeutung für die Bergbauregionen, weshalb bloße Streichungsvorschläge bisher gescheitert sind. Eine klimaschädigende Wirkung haben sie nicht, solange der Ersatz dazu Importkohle wäre. Die Alternative zur bloßen Fortschreibung wie zur abrupten Streichung ist die Umwidmung in eine Anschubfinanzierung für die Produktion neuer Energietechniken, die in erster Linie zum diesbezüglichen Strukturwandel in diesen Regionen eingesetzt werden sollten.

- Die Einnahmen der **Öko-Steuer** belaufen sich ab 2003 auf etwa 17 Mrd. Euro. Mit Ausnahme der Mittel für das Marktanreizprogramm für Erneuerbare Energien in Höhe von 230 Mio. Euro, werden diese bisher zur Mitfinanzierung der Rentenversicherung eingesetzt. Die Alternative dazu ist, die Einnahmen für ein **ökologisches Zukunftsprogramm** einzusetzen, das sich strikt auf Investitionen am deutschen Standort bezieht. Damit könnten die Einnahmeausfälle für die Rentenversicherung in etwa gleicher Höhe kompensiert werden durch die zusätzlichen Steuern und Abgaben, die sich aus den Steuern und Abgaben aus

den Wachstums- und Beschäftigungseffekten dieses ökologisches Zukunftsprogramms ergeben.

- Die Gaskonzerne haben einen **Steuervorteil von etwa 2 Mrd. Euro**. Dieser ergibt sich daraus, dass die Mineralölsteuer am 1.4.1999 um 4 DM je Hektoliter angehoben wurde, die Erdgassteuer aber nur um 0,32 Pf je kWh. Bei der Berechnung des Erdgaspreises setzen die Gaskonzerne in die Formel für die Preisgleitklausel den um die Mineralölsteuer erhöhten Heizölpreises ein, führen aber nur die Erdgassteuer ab. Der ungerechtfertigte Steuervorteil von bereits 2 Mrd. Euro wächst jährlich wegen des wachsenden Erdgasverbrauchs weiter an. Dieser Vorteil muss beendet werden, die Steuermehreinnahmen stehen für Zukunftsinitiativen zur Verfügung.
  
- **Steuerfreie Rückstellungen der Atomkraftwerksbetreiber für die atomare Entsorgung:**  
Diese liegen derzeit bei einem Betrag von knapp unter 30 Mrd. Euro. Sie wirken wie steuerfreie Gewinne, weil damit in beliebige Zwecke investiert werden kann. Die Folge ist ein einzigartiger Wettbewerbsvorteil, der für Unternehmensaufkäufe genutzt wird und den Konzentrationsprozess der Wirtschaft vorantreibt. Ein erster Schritt wäre die Beendigung dieser Rückstellungspraxis, woraus jährlich etwa zwei Mrd. Euro Zusatzeinnahmen erwachsen würden.
  
- **Die Mineralölsteuerbefreiung für mineralölverarbeitende Betriebe:**  
Diese liegt bei mindestens 1 Mrd. Euro jährlich. Noch wesentlich höher ist die Flugtreibstoffsteuerbefreiung, die nur – solange sie international gilt – durch eine Erhöhung der Start- und Landegebühren kompensiert werden kann und muss.

In der Summe ergibt sich daraus ein einmaliges Finanzvolumen von 50 Mrd. Euro aus aufgelösten Devisenreserven und ein zusätzliches jährliches **strukturpolitisches Finanzierungsvolumen von etwa 25 Mrd. Euro**, das zur breiten Stimulierung neuer Wirtschaftsaktivitäten eingesetzt werden kann.

Im einzelnen schlage ich folgende Initiativen vor:

1. **Ein neuer 50-Milliarden-Kapitalstock für Mittelstandskredite**

Die im SPD-Wahlprogramm vorgesehene Initiative zur Ausweitung der Mittelstandskredite, für die bisher noch kein Finanzierungsvorschlag vorliegt, sollte durch eine **Kapitalaufstockung bei der KfW und Deutschen Ausgleichsbank und der Agrarkreditbank um 50 Mrd. Euro aus aufgelösten Devisenreserven erfolgen**. Damit sollen dem Mittelstand einschließlich der Landwirtschaft auf unbürokratischem **Wege zinsgünstige Kredite deutlich unterhalb des Marktzinses mit langen Laufzeiten** angeboten werden. Dies ist der wichtigste Schritt zur Dynamisierung mittelständischer Wirtschaftsaktivitäten.

2. **Reform der Energiebesteuerung**

Sämtliche Energiesteuern werden künftig als **Schadstoffsteuer** bezeichnet. Energien, die keine Schadstoffe hervorrufen bzw. emissionsneutral sind, werden dadurch steuerbefreit. Dies fördert den Umstieg von atomar/fossilen zu Erneuerbaren Energien. Darüber hinaus werden die Schadstoffsteuer auf Atomenergie und Kohle ausgeweitet. Die bisherigen Ausnahmen von der Öko-

Steuer werden nur noch unter der Voraussetzung gemacht, dass die begünstigten Unternehmen durch ein Energie-Audit nachweisen, dass sie alle kostenneutralen Maßnahmen zur Minderung konventionellen Energieverbrauchs ergriffen haben. Die Bundesbahn und Nahverkehrsbetriebe werden von der Schadstoffsteuer befreit. Solange es keine europaweite Besteuerung von Flugtreibstoffen gibt, wird zum Ausgleich dafür die Start- und Landegebühr deutlich angehoben, schon um die Wettbewerbsnachteile der anderen Verkehrsträger gegenüber der Luftfahrt zu überwinden.

Die Einnahmen der gegenwärtigen Ökosteuer werden in Höhe von etwa 17,5 Mrd. Euro ab dem 1.1.2003 werden für ein ökologisches Zukunftsinvestitionsprogramm verwendet mit folgenden Schwerpunkten:

- Erhöhung der Investitionszuschüsse die Bundesbahn, für Gleisbau, Bahnhofsbau und Schienenfahrzeuge (5 Mrd.)
- Aufstockung des Altbausanierungsprogramms mit ökologischen Auflagen (2 Mrd.)
- Aufstockung des Marktanreizprogramms für erneuerbare Energien (2 Mrd.)
- Infrastruktur-Erneuerungsprogramm (4 Mrd.)
- Sonderprogramm Förderung von regionalen Nahverkehrssystemen (3,5 Mrd.)
- Sonderprogramm Umgehungsstraßen (1 Mrd.).

Daraus ergibt sich ein Investitionsvolumen für die Binnen-Produktion, das bei den direkten Investitionshilfen für die Bundesbahn, den Nahverkehr, den

Umgehungsstraßen der Höhe der hier angegebenen Haushaltsmittel von 9,5 Mrd. entspricht.

Die weiteren Ansätze stellen Investitionsbeihilfen dar, mit denen der vierfache Investitionseffekt erzielt werden kann, also insgesamt etwa 32 Mrd. Dies ergibt eine Investitionssumme von 41,5 Mrd. Da pro 75.000 Euro Neuinvestition etwa ein neuer Arbeitsplatz entsteht, steckt allein in diesem Programmansatz ein Potenzial von etwa 650.000 neuen Vollerwerbsbeschäftigten. Dies ergibt Steuer- bzw. Beitragsmehreinnahmen und eingesparte Sozialtransferleistungen in etwa gleicher Höhe wie die Öko-Steuereinnahmen.

### **3. Das Landwirtschafts-Erweiterungs-Programm**

Das Landwirtschaftserweiterungsprogramm hin zu Biomasse für Energie und Rohstoffe bedarf gesetzlicher Rahmenbedingungen, die über die bereits am 7. Juni 2002 vom Bundestag beschlossene Steuerbefreiung für alle Bio-Kraftstoffe hinausgehen. Weitere Schritte sind: die im EU-Ministerrat durchzusetzende Aufhebung der Mineralölsteuerbefreiung für mineralölverarbeitende Betriebe, die eine Steuervergünstigung für die Mineralöl- und Chemiewirtschaft beim Einsatz fossiler Energien und Rohstoffe darstellt. Die Summe von einer Milliarde EUR sollte direkt weitergegeben werden für eine Startinvestitions-Beihilfe für Produktionsmaschinen für den Umstieg auf Biomasse. Dies setzt die landwirtschaftliche Erzeugung für nachwachsende Rohstoffe in Gang. Ergänzend dazu sollte in einer neuen Verpackungsverordnung festgelegt werden, dass ab dem Stichtag 1.1.2006 nur noch Kunststoffe, Farben, Lacke und Schmierfette auf der Basis nachwachsender Rohstoffe hergestellt werden. Hinzu kommt, dass die Mineralölbetriebsbeihilfe in der Landwirtschaft künftig an den Einsatz von Bio-Treibstoffen geknüpft werden sollte. Die Landwirtschaft selbst sollte

Kooperationsformen für Biomasse aufbauen, um die Wertschöpfungskette in der Hand der landwirtschaftlichen Betriebe zu erhalten.

#### **4. Sonderforschungsprogramm Nutzpflanzen und Energiespeicherung**

Aus den Einnahmen der zu erhebenden Brennstoffsteuer aus Kohle und Atombrennstoffen sowie aus der Aufhebung des Gas-Steuvorteils für die Gaskonzerne ist ein **Drei-Milliarden-Programm** zur Ressourcenforschung für nachwachsende Rohstoffe aufzulegen, das die wirtschaftlichen **Verwertungsmöglichkeiten der Nutzpflanzen** erfasst. Auf diesem Feld gibt es den größten Nachholbedarf in der Forschung und Entwicklung, obwohl die Nutzpflanzen die bedeutendste Rohstoffquelle der Zukunft sind. Das zweite Sonderprogramm zielt auf **dezentrale Energiespeichertechniken**, mit deren Hilfe Erneuerbare Energien durchgängig wettbewerbsfähig werden.

#### **5. Sonderprogramm für die Kohlereviere**

Die Umwidung der Kohlebeihilfen in Zukunftsinvestitionen sollte sich konzentrieren auf Betriebsumstellungen in die Bereiche der Solarsilizium-Produktion umweltfreundlicher Baustoff-Technologien und neue Energietechnologien. Die industrielle Mobilisierung der Photovoltaik-Technologien für einen umfassenden Weltmarkt bedarf vor allem der Produktionsausweitung von Solarsilizium im großen Stil. Nach Realisierung dieses Strukturwandels durch entsprechende Ersatzarbeitsplätze kann die Beihilfe auslaufen.

#### **6. Die Durchsetzung des Contracting-Prinzips für öffentliche Infrastrukturinvestitionen**

Weil Gebietskörperschaften, besonders auf der kommunalen Ebene, erhebliche Schwierigkeiten bei der Finanzierung der Infrastruktur-Erneuerung haben, hat sich ein problematischer Trend zur Privatisierung durchgesetzt, der die Konzentrations- und Monopolisierungsprozesse beschleunigt. Die Alternative dazu ist die Durchsetzung des Contracting-Prinzips, demzufolge die Infrastruktur auf Zeit an Contracting-Unternehmen übergeben wird, diese die vollen Gebühren bzw. bisherigen öffentlichen Zuschüsse dafür erhalten und innerhalb dieses Finanzrahmens die Erneuerungsinvestitionen durchführen. Nach Ablauf der Konzession fällt die wirtschaftliche Verfügung an die Gebietskörperschaften zurück. Das Haushaltsrecht muss so geändert werden, dass es diesen Ansatz erleichtert.

## **7. Wechselseitigkeitsprinzip im EU-Binnenmarkt und im Welthandel**

Bei Umweltauflagen für die Produktion ist es erforderlich, das Wechselseitigkeitsprinzip sowohl im Binnenmarkt als auch im Welthandelsvertrag durchzusetzen: Auflagen an die heimische Produktion müssen danach auch zu Importauflagen werden können. Darüber hinaus ist es notwendig, generell einen Marktvorrang für heimische natürliche Ressourcen durchzusetzen. Das Nachhaltigkeitsprinzip erfordert weltweit einen freien Technikmarkt und einen regionalen Ressourcenmarkt, in der Landwirtschaft geht es um einen regionalen Marktvorrang für Lebensmittelrohstoffe und einen liberalen Markt für verarbeitete Lebensmittel.

## **8. Regionalisierung öffentlicher Bau-Ausschreibungen / Tariftreue**

Zu jeder Regionalwirtschaft gehört ein stabiles Baugewerbe. Der europa- und eventuell demnächst sogar weltweite Ausschreibungszwang bei großen

öffentlichen Bauaufträgen ist daher prinzipiell verfehlt. Er hat nicht zur Verbilligung des Bauens geführt, weil die Folgekosten steigen. Er hat außerdem dazu beigetragen, dass die Tariftreue durchlöchert wird und die Konzentration im Baugewerbe vorangetrieben wird. Die Antwort darauf muss die Rückkehr zu regionalisierten Bauausschreibungen sein, um öffentliche Baumaßnahmen wieder mit regionaler Wirtschaftsförderung verknüpfen zu können.

### **9. Integriertes Umwelt- und Baugesetzbuch**

Um tatsächlich zu einer Entbürokratisierung zu kommen, muss endlich ein integriertes Umwelt- und Baugesetzbuch entstehen, das Genehmigungsverfahren zusammenfasst, vereinfacht und dadurch beschleunigt.

### **10. Ablehnung GATS**

Das von der WTO geplante GATS-Abkommen (General Agreement on the Trade of Services) darf nicht unterzeichnet werden. Es zielt auf die vollständige Privatisierung aller öffentlichen Dienstleistungen einschließlich Bildung und Gesundheit. Es würde bis auf die kommunale Ebene die öffentlichen Gestaltungsfunktion außer Kraft setzen und die wirtschaftliche Konzentrationsentwicklung weiter begünstigen, die für Marktwirtschaft und Mittelstand verderblich ist.

### **11. Sonderprogramm Erneuerbare Energien in Entwicklungs- und Übergangsländern**

Die Johannesburg-Konferenz hat gezeigt, dass die Staatengemeinschaft nicht in der Lage ist, eine allseits als vordringlich erkannte Entwicklung wirklich voranzutreiben. Deshalb muss der Handlungsbedarf von Vorreitern realisiert



werden. Dazu schlage ich vor, dass eine Staatengruppe gebildet wird, bestehend aus den Staaten, deren Regierungen vorangehen.

Diese Gruppe könnte „Green Nations“ heißen – Einnahmen aus den gestiegenen Start- und Landgebühren sowie künftig unerlässlicher Flugtreibstoffbesteuerung sollten vorzugsweise für die Mobilisierung der Erneuerbaren Energien und die Überwindung der Wasserkrise in Entwicklungsländern und Übergangsländern verwendet werden. Eine Internationale Agentur für Erneuerbare Energien sollte gegründet werden.

Anhang 1

# Neue Wirtschaftsfelder der Zukunft

- **Biomasse für den Ersatz fossiler Energien und Rohstoffe / Revitalisierung des primären Wirtschaftssektors**
- **Neue Energietechniken** (Motoren, Geräte, Windkraft- und Solaranlagen, Energiespeicherung, Heizungs- und Klimaanlage, Glas/Energie-Techniken)
- **Nichtfossile Chemietechnik** (Kunststoffe, Farben, Lacke, Schmierfette, Baustoffe und Waschmittel aus biologischen Materialien)
- **Wassertechnologien**
- **integrierte öffentliche Infrastruktur**

Anhang 2

## Quellen der Umschichtung für das Zukunftsprogramm Wirtschaftliche Erneuerung

- |  |                                   |
|--|-----------------------------------|
| - Gold- und Devisenreserven der Deutschen Bundesbank (etwa 50%, einmaliger Betrag, nicht zur Konsumtion) | <b>einmalig</b><br>50 Mrd. €      |
| - Umwidmung der Kohlebeihilfen   | <b>jährlich</b><br>2,6 Mrd. €     |
| - Umwidmung der Einnahmen der Öko-Steuer   | <b>jährlich</b><br>17 Mrd. €      |
| - Aufhebung des Steuervorteils der Gaskonzerne   | <b>jährlich</b><br>2 Mrd. €       |
| - Beendigung der steuerfreien Atomrückstellungen   | <b>jährlich</b><br>2 Mrd. €       |
| - Aufhebung der Mineralölsteuerbefreiung für mineralölverarbeitende Betriebe                             | <b>jährlich</b><br>mind. 1 Mrd. € |
| - Erhöhung der Start- und Landegebühren für Flugverkehr  | <b>jährlich</b><br>1 Mrd. €       |

**Gesamtvolumen der jährlichen  
Umwidmungen**

**ca. 25 Mrd. €**

Anhang 3

## Elemente des Zukunftsprogramms Wirtschaftliche Erneuerung

1. zusätzliches Mittelstandskreditpotential für **zinsgünstige und langfristige KMU-Kredite** von 50 Mrd. € aus aufgelösten Devisenreserven
2. **Finanzierung eines ökologischen Zukunftsinvestitionsprogramms** aus den Einnahmen der Öko-Steuer
3. Das Landwirtschafts-Erweiterungs-Programm („**Drei-Felder-Konzept**“ für die Landwirtschaft: Nahrungsmittel, Energie, Rohstoffe)
4. Forschungs-Sonderprogramm **Nutzpflanzenverwertung und dezentrale Energiespeicherung**
5. **Sonderprogramm für die Kohlereviere**
6. **Contracting-Konzepte** für die Erneuerung der kommunalen Infrastruktur
7. Durchsetzung des **Wechselseitigkeitsprinzips** im EU-Binnenmarkt und im WTO-Regime / **Regionaler Marktvorrang für regionale natürliche Ressourcen**
8. **Regionalisierung von öffentlichen Ausschreibungen** in der Bauwirtschaft / Tariftreue
9. **Integriertes Umwelt- und Baugesetzbuch** zur Entbürokratisierung
10. Ablehnung des **GATS**
11. Sonderprogramm Förderung Erneuerbare Energien für **Entwicklungs- und Übergangsländer**

Anhang 4

# Baden-Württembergische Fort- und Weiterbildungsakademie für Erneuerbare Energien im Rems-Murr-Kreis

Aufgabe: Berufsfort- und weiterbildung für  
Handwerker, Ingenieure, Architekten,  
Landwirte und Verwaltungsfachleute im  
Bereich Erneuerbare Energien.

Hermann Scheer: Memorandum Neue Wirtschaftsfelder der Zukunft